

DIE SCHWEIZ UND DIE EUROPÄISCHE UNION

Dr. iur. Marianne Wüthrich, Zürich

Teil 3 Europ. Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) – was hat die Schweiz damit zu tun?

Unter dem Orwell'schen Titel „Friedensförderung“ betreibt die EU mit ihrer ESVP bekannterweise Kriegspolitik. Was weniger bekannt ist: Die Schweiz ist fest eingebunden in die ESVP – von Neutralität ist nichts zu erblicken.

Zitat aus der homepage des Bundes:

Admin.ch / Bericht des Integrationsbüros EDA/EVD vom März 2008

„Friedensförderung

Die Schweiz beteiligt sich an verschiedenen Friedensmissionen im Ausland und unterstützt diese mit Experten und Armeeangehörigen.“

„Immer wichtiger wird dabei die Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Gegenwärtig ist die Schweiz an drei friedensfördernden ESVP-Einsätzen in Bosnien und Herzegowina sowie in der Demokratischen Republik Kongo beteiligt. In Kürze hinzu kommt die Beteiligung von Schweizer Polizisten und Justizexperten an der zivilen ESVP-Mission im Kosovo.“

Neben den Militäreinsätzen der „neutralen“ Schweiz im Rahmen der PfP unter dem Kommando der Nato ist also die Schweiz bereits an mehreren EU-Einsätzen im Ausland beteiligt – haben Sie das gewusst?

Geplante Rahmenabkommen mit der EU

„Die Bedingungen der Schweizer Teilnahme an ESVP-Einsätzen werden jeweils in Ad-hoc-Vereinbarungen geregelt.“

„In einem ESVP-Rahmenabkommen könnten die allgemeinen Modalitäten dieser Zusammenarbeit – wie Status des Schweizer Personals, finanzielle Beteiligung und Umgang mit klassifizierten Informationen – für künftige Operationen vertraglich festgelegt werden. Dies würde den administrativen Aufwand wesentlich erleichtern. Die Einsätze der Schweiz im Rahmen der ESVP könnten flexibler und rascher erfolgen.“

Gegen ein derartiges Rahmenabkommen muss sich jeder Bürger und jede Politikerin zur Wehr setzen, der gerade **nicht will**, dass die Einsätze der Schweiz „flexibler und rascher erfolgen“ können!

EULEX im Kosovo



Proteste gegen EULEX-Mission. Archivbild: Keystone

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/international/international/Auch-Schweizer-an-Eulex-im-Kosovo-beteiligt;art620,1223413>

Die Schweiz beteiligt sich am enormen Einsatz von EU-Polizisten und Justizbeamten, die im sogenannten unabhängigen Kosovo versuchen sollen, einen einigermaßen funktionierenden Rechtsstaat einzurichten. Von Interesse für Schweizerinnen und Schweizer, die sich gerne für eine friedlichere Welt einsetzen wollen, sind einige sehr bedenkliche Aspekte dieses Einsatzes.

<http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Kosovo-soll-dank-EU-ein-Rechtsstaat-werden/story/17620855>

„Die **aus den meisten EU-Staaten, aus Norwegen, der Schweiz, der Türkei und den USA** stammenden Polizisten, Richter, Staatsanwälte und Zöllner sollen die Behörden Kosovos beim Aufbau eines Rechtsstaates unterstützen. Als wichtigste Aufgabe seiner Mitarbeiter sieht Eulex-Chef Yves de Kermabon den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die Schattenwirtschaft. Dem Vernehmen nach wollen Eulex-Staatsanwälte mehrere Kriminalfälle aufrollen, die von der seit 1999 tätigen Uno-Verwaltung (Unmik) vernachlässigt wurden.“

1. Fragezeichen: Schweizer Rechtsexperten unter EU-Kommando

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/international/international/Auch-Schweizer-an-Eulex-im-Kosovo-beteiligt;art620,1223413>

„Die europäische Polizei- und Justizmission im Kosovo (EULEX) hat offiziell ihre Arbeit aufgenommen. **Die EU werde nun schrittweise die Verantwortung von der UNO** in der früheren serbischen Provinz **übernehmen**, sagte ein Sprecher.“

„Nach EU-Angaben sollen fürs erste 1400 europäische Richter, Polizisten und Zollbeamte im Kosovo arbeiten, **unter ihnen auch 7 Schweizer**. Dazu kommen noch 500 Einheimische. Es handelt sich um den grössten zivilen Einsatz in der **Geschichte der EU**.“

Aus diesen kurzen Abschnitten wird klar: Es handelt sich weder um einen Einsatz der UNO noch um einen der OSZE, sondern um einen EU-Einsatz. Das Mandat wurde von den 27 EU-Regierungen im Februar beschlossen und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. (NZZ Online 16.02.08). Den **Rechtsrahmen** für die 2.200 Mann starke Aktion, die *im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* stattfindet, **haben die Mitgliedstaaten in einem Dokument zur "gemeinsamen Aktion" festgehalten**, das der APA vorliegt. Chef der Mission ist der französische EX-General und **ehemalige KFOR-Kommandeur Yves de Kermabon**

Dass der Schweizer Botschafter Christian Meuwly, der im EDA zuständig ist für die Beziehungen zum Kosovo, die EULEX-Mission als „neutralitätspolitisch unbedenklich“ bezeichnet (news.ch 09.07.08), zeigt einmal mehr, welchen grosszügigen Definitionsrahmen einige Leute in Bundesbern bezüglich der schweizerischen Neutralitätspolitik vertreten.

2. Fragezeichen: EULEX greift massiv in die inneren Angelegenheiten des Kosovo ein

Die Kompetenzen der EULEX werden sehr weit gehen und Eingriffe in die Souveränität des Kosovo beinhalten. Da sie auch in den Teilen des Kosovo aktiv werden will, die mehrheitlich von serbischer Bevölkerung bewohnt werden, hat sich denn auch massiver Widerstand von Serbien und von Russland geregt, der nur zum Teil bereinigt werden konnte.

Gemäss euro-police.noblogs.org/post/2008/02/17 soll die EULEX **besondere exekutive Vollmachten** haben: „EULEX soll die Rechts-Institutionen, einschließlich des Zolls, "überwachen, beraten und anweisen", "während es sich selbst gewisse exekutive Zuständigkeiten vorbehält". Die EU-Einsatztruppe soll für die Aufrechterhaltung von Recht, Ordnung und Sicherheit sorgen.“

„Gegebenenfalls kann sie "in Absprache mit den wichtigen internationalen Zivilbehörden im Kosovo Entscheidungen von kosovarischen Autoritäten zurücknehmen oder für ungültig erklären“.

„EULEX soll dafür Sorge tragen, dass Kriegsverbrechen, Terrorismus, Organisierte Kriminalität, Korruption, inter-ethnische Übergriffe, Wirtschaftskriminalität und andere schwere Verbrechen "genau ausgeforscht, verfolgt und rechtlich geahndet werden". Wenn nötig, arbeiten dabei kosovarische Ermittler, Staatsanwälte und Richter zusammen, **das EULEX-Personal kann in diesen Fällen aber auch "unabhängig" agieren.**“

Kürzest-Kommentar: Neutralitätspolitisch unbedenklich?!

3. Fragezeichen: Völkerrechtliche Grundlage des EULEX-Einsatzes ist umstritten

„EULEX soll "im gesamten Kosovo" tätig sein, das heißt auch in den Gebieten der serbischen Minderheit.“ (euro-police.noblogs.org/post/2008/02/17)

„Russland und Serbien, die beide die Unabhängigkeit des Kosovo als völkerrechtswidrig ablehnen, hatten gegen die Verlagerung der Befugnisse von der UNO auf die EU protestiert. Bislang haben mehr als 52 Länder, darunter die USA und die meisten der 27 EU-Mitgliedstaaten, die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt.“

(<http://www.tagblatt.ch/aktuell/international/international/Auch-Schweizer-an-Eulex-im-Kosovo-beteiligt;art620,1223413>)

Kommentar: Zwar haben eine Anzahl Länder die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt – die Uno jedoch hat sie nicht anerkannt. Da Russland nicht damit einverstanden ist, hat der Sicherheitsrat die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo bis heute nicht anerkannt. Im Juni noch hat „Vojislav Kostunica, Chef der serbischen Übergangsregierung, die neuen Uno-Richtlinien zur Zukunft von Kosovo abgelehnt. Das Engagement von 2000

Polizisten, Richtern und Verwaltungsfachleuten aus der EU sei auch unter dem Schirm der Uno nicht hinnehmbar.“ (NZZ online 13.06.08). Da die serbische Regierung sich Hoffnungen macht, irgendwann der EU beitreten zu können, hat sie sich vermutlich unter Druck setzen lassen, die EULEX widerstrebend zu dulden.

Es ist dies einmal mehr das Werk der US-Regierung im Zusammenspiel mit der EU-Zentrale, dass nun plötzlich neben der Nato auch die ESVP im Kosovo die Fäden in der Hand hält.

Kürzest-Kommentar: Neutralitätspolitisch unbedenklich?!

4. Fragezeichen: Beteiligung der USA

Wir haben festgestellt: Die Schweiz hat bei einem EU-Einsatz, der in die Souveränität eines (nicht von der Weltgemeinschaft anerkannten) Staates eingreift und der vom betroffenen Staat Serbien höchstens widerstrebend geduldet wird, nichts zu suchen.

Was aber hat die USA bei einem EU-Einsatz zu suchen? Wie ist das möglich, dass die US-Regierung **in Brüssel** ein Abkommen unterzeichnet haben, wonach sie fast 90 Polizisten und Richter in den sogenannten EU-Einsatz entsenden wollen? (NZZ online 25.10.08) Washington würde gescheiter im eigenen Staat für die Anwendung des Rechts sorgen, indem es zum Beispiel das völker- und menschenrechtswidrige Gefangenenlager in Guantanamo endlich aufhebt und den über Jahre rechtswidrig eingesperrten und gequälten Menschen entsprechende Schadenersatzzahlungen entrichtet.

Kommentar: Wenn die Schweiz schon in einem EU-Einsatz nichts zu suchen hat, gehört sie erst recht nicht in einen sogenannten EU-Einsatz, an dem die USA beteiligt ist.

Neutralitätspolitisch unbedenklich?!

Schluss: Dies waren nur einige Schlaglichter, wohin unser Schiff im Moment steuert. Wir sind der Souverän, an uns ist es, Gegensteuer zu geben.